



Auszeichnung für Grüne Leistung

Sehr selten gibt es eine Anerkennung für Leistungen für Natur, Mit- und Umwelt. Die UGS Rapperswil-Jona ehrte Heinz Bertelmann für sein Lebenswerk. > Seite 2

Auslandschweizer
St.Galler Parteimitglieder warben für die Grünen > Seite 3

Ladenöffnungszeiten
Der nächste Angriff auf die St.Galler Ladenöffnungszeiten erfolgt am 26. September» > Seite 5

Pflegefinanzierung
Die Diskussion in den Kantonen ist angelaufen > Seite 7

Aus Zeitungen und Büchern
Interessante Betrachtungen zu verschiedenen Vorkommnissen im Land und zum Buch eines jungen Grünen > Seite 10

ALV-Revision
Mit der Abstimmung vom 26. September steht einmal mehr die Solidarität aller Steuerzahler auf dem Prüfstand > Seite 12

Unabhängig, Grün, Sozial HV der UGS Rapperswil-Jona

Der Vorstand lud die Mitglieder auf den 2. Juni zur Hauptversammlung der UGS Rapperswil-Jona ins Atrium im Kreuz in Jona ein. Zu den Traktanden gehörte auch die Erweiterung des Vorstandes. Mitten im Vereinsjahr war aus beruflichen Gründen das Vorstandsmitglied Denise Frei Lehmann zurückgetreten. Ihr Wirken wurde vom Vorstand als essentiell und engagiert gewürdigt. Einstimmig wurden Kantonsrätin Silvia Kündig-Schlumpf und Urs Bernhardsgrütter, Präsident der Grünen des Kantons St. Gallen, in den Vorstand gewählt. Mit Applaus bestätigt wurden Präsident Hans Tobler, Kassierin und Stadträtin Rahel Würmli sowie Aktuar Norbert Schnyder.

Die UGS konnte auf ein intensives und erfolgreiches Vereinsjahr zurückbli-

cken. Neben aktiven politischen Vorstössen und Anregungen in allen städtischen Mitwirkungsgruppen durfte die Versammlung auch von den bevorstehenden Aktivitäten und der Jubiläumsfeier im Jahr 2010 Kenntnis nehmen. Die vorgesehenen Aktivitäten sollen innovative Ideen zur Steigerung der Lebensqualität in der Stadt Rapperswil-Jona aufzeigen. Mehr Details werden noch nicht verraten.

Für seine Verdienste um die Lebensqualität von Menschen aller Generationen wurde der in Jona wohnhafte Heinz Bertelmann für sein Lebens- und Hilfswerk geehrt. Der heute 72-jährige, aus Deutschland eingebürgerte Schweizer setzt sich bereits seit 25 Jahren aktiv und mit Herzblut gegen Armut, Hunger und Ausbeutung in Piaui in Brasilien

ein. Zu seinen Projekten gehören die Bereitstellung von Ackerland, Ackergewässern, Wasserbauten, Bäumen, Bienen, Nutztieren, Behausungen, Schulen, Kräuteralapotheken, eines Agro-Technikums, Solarlichtlampen, Frauenförderungsprogramme und vieles mehr. Seit über 15 Jahren fördert er die Aus- und

Titelbild

Die UGS ehrt Heinz Bertelmann mit der Auszeichnung «Grüne Rose 2009».

Weiterbildung der ROMA-Jugend in der Ost-Slowakei. Hierfür erhielt Heinz Bertelmann durch die UGS Rapperswil-Jona die Auszeichnung „Grüne Rose“, die herausragende Persönlichkeiten für ihr grünsoziales Engagement ehrt.

Hans Tobler, Präsident

Feuer in den Alpen UGS Linth dabei

Die Aktion «Feuer in den Alpen» wird seit 1988 jedes Jahr im August durchgeführt.

Die Idee entstand ursprünglich aus dem Widerstand gegen zerstörerische Projekte in den Alpenländern. Am Samstag, 14. August 2010, beteiligte sich die UGS Linth erstmals und machte mit ihrem Mahnfeuer - wohlgerichtet das einzige im Kanton St. Gallen – zusammen mit rund 30 weiteren Höhenfeuern im Alpenbogen, auf die gefährdeten Blumenwiesen aufmerksam. Denn Trockenwiesen und -weiden gehören in den Alpen zu den wichtigsten Lebensräumen, die seltenen Pflanzen- und Tierarten Heimat bieten.

Im Beisein einer überraschend grossen Schar von Unentwegten wurde der zuvor sorgfältig geschichtete und geschützte Holzstoss entzündet und bald loderte das Feuer funkenstiebend himmelwärts. Trotz der Nässe zeigten sich die Teilnehmer begeistert, genossen anschliessend einen kleinen Imbiss in einer warmen Alpstube und waren sich einig, dass die UGS Linth auch nächstes Jahr dabei sein wird.

grüne post 3 | 10 - September 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

Auslandschweizer-Kongress in St. Gallen

Jährlich im August organisiert die Auslandschweizer-Organisation (ASO) an wechselnden Orten in der Schweiz einen Kongress für Auslandschweizer. Zu diesen Veranstaltungen werden neben anderen Organisationen (wie z.B. Rotes Kreuz, Pro Juventute, Schweiz Tourismus, Swissinfo) auch die politischen Parteien eingeladen, sich mit Informationsständen zu präsentieren. Üblicherweise wird unser Stand durch das Sekretariat der Grünen Schweiz aufgebaut und betreut. Wegen einer Terminkollision mit der gleichzeitig stattfindenden Universität d'Été wurden wir St. Galler gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen. Leider kam es damit auch hier zu einer Terminkollision, nämlich mit der schon lange geplanten Biodiversitätswanderung im Goldachtobel.



Leute vorbeikamen. Zufällig lernte ich noch die Doyenne der Teilnehmer kennen, eine 97-jährige Dame aus Frankreich. Zu unseren Besuchern gehörte auch unser Genfer Kollege, NR Antonio Hodgers. Als Präsident des Vereins zur Förderung der Ausbildung junger AuslandschweizerInnen nahm er an einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Kongresses teil.

Unsere «Stellvertretung» für die Schweizer Grünen zeigte uns ganz deutlich: Alle anderen Parteien waren besser, handlicher und nicht zuletzt mehrsprachig dokumentiert; da wirkte unser Auftritt mit seinen ausschliesslich deutschsprachigen A4-Papieren ein bisschen „handglismet“. Hier muss Bern noch dazulernen. Die anderen Parteien sind bereits auf Internationalität ausgerichtet – die SVP hat sogar Propagandamaterial in Englisch!

Der Kongress war gut organisiert und die Auslandschweizer-Organisation hat sich auch immer wieder um die Infostände gekümmert. Unser Fazit: Bei den Auslandschweizern liegt für uns Grüne noch Potential drin. Wir dürfen diesen Bereich nicht vernachlässigen. Als schöner Abschluss kam ein Mann aus Deutschland an unseren Stand und sagte kurz und sec, er wolle Mitglied der Grünen Partei werden. Wir werden uns darum kümmern.

Hanspeter Frey

Durch Doodlesuche und spontane Erweiterungen der Präsenzzeiten war schliesslich eine durchgehende Besetzung für Freitag und Samstag möglich. Da das Interesse der Auslandschweizer an der Schweizer Politik gross ist, ist es wichtig, bei diesen Kongressen präsent zu sein. Immerhin haben mehr als 400 Auslandschweizer teilgenommen.

Die Bedeutung des Anlasses wurde

auch durch die Teilnahme der Aussenministerin, Micheline Calmy-Rey unterstrichen, die es sich nicht nehmen liess, alle Stände zu besuchen. Am Samstagnachmittag hielt sie dann eine Rede vor dem Plenum. Bei ihrem Besuch bei uns wunderte sie sich allerdings über den ein wenig abgelegenen Ort unseres Standes, irgendwo hinten links im Raum, aber nahe dem Tisch mit den Pausengetränken, wo immer wieder

UGS-Sponsorenlauf in Rapperswil

Am Samstag 21. August 2010 führten die Unabhängig-Grün-Sozialen UGS auf der Giessiwiese an der Haldenstrasse in Rapperswil den traditionellen Sponsorenlauf durch.

Der Sponsorenlauf der UGS Linth & UGS Rapperswil-Jona hat Tradition. So fand er dieses Jahr auf bekanntem Terrain in Rapperswil statt. Der Anlass vermochte in diesem Jahr aus terminlichen Gründen zwar nicht die gleich grosse Schar von aktiven Läuferinnen und Läufern an den Start zu locken, doch die Motivation im Team war hervorragend. Zwischen 16.00 und 17.00 Uhr wurden insgesamt über 22 Kilometer oder 135 Runden absolviert. Die perfekten Wetterverhältnisse und Temperaturen von gegen 30 Grad erlaubten einen unge-trübten Sommer-Event.

Durch die intelligente Kurssetzung entlang der Baumallee an der Haldenstrasse im Norden sowie dem Schattenwurf der Altstadt von Rapperswil im Süden war durch Urs Bernhardsgrütter und Hans Tobler eine attraktive und angenehme Strecke markiert worden. Zugleich ent-

standen interessante Kontakte. Sogar spontane Sponsoren aus einem grösseren politischen Umfeld sowie weitere Fans und Zaungäste genossen den Anlass und die kleine Festwirtschaft der UGS. Die durch die Sponsoren versprochenen Einnahmen werden nun dazu beitragen, Aktionen aber auch Wahlen der UGS zum Beispiel für Kantonsrätin Silvia Kündig-Schlumpf und Stadträtin Rahel Würmli zu unterstützen. Wie Organisator und UGS Rapperswil-Jona-Präsident Hans Tobler mitteilte, hat die Verschmel-

zung von grünsozialem Engagement und Sport nicht bloss Tradition, sondern auch Potential für die Zukunft bewiesen. Mit frischem Schwung wird die UGS nun den Politerbst angehen.



Hans Tobler, Silvia Kündig-Schlumpf, Urs Bernhardsgrütter nach getaner «Arbeit»

UGS fordert mehr Landschafts- und Bodenschutz

Einige Gemeinden aus dem st.gallischen Linthgebiet gehen nach Meinung der UGS zu wenig sorgsam mit dem Boden und der Landschaft um. Die UGS verlangt ein Umdenken und einen nachhaltigeren Umgang mit Boden und Landschaft.

Der Kulturlandverbrauch und die Zersiedelung der Landschaft hat aus Sicht der UGS Linth eine Dimension erreicht, die gestoppt werden muss. Jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Grün verbetoniert, und das Linthgebiet hilft tatkräftig dabei mit. In Rapperswil-Jona soll u.a. am Hangfuss des Meienbergs ein Naherholungsgebiet und grosse Grünflächen neuen Wohnblocks weichen. Beim Kloster Wurmsbach müssen wichtige und lang-jährige Fruchtfolgeflächen einer Luxus-Gärtnerei weichen. In Eschenbach werden lange gehortete Bauflächen nun eiligst überbaut, um bei der aktuellen Ortsplanung grossflächige Neueinzonungen mit einem Bauhorizont von 20 Jahren zu ermöglichen.

Geht es weiter nach dem Willen der Strassenbau- und Autolobby, soll die Umfahrungsstrasse Eschenbach – Schmerikon zur 4-spurigen Autobahn erweitert, zwischen Kaltbrunn und Uznach eine weitere Umfahrungsstrasse gebaut und so x-tausend Quadratmeter bestes Kulturland dem motorisierten Verkehr geopfert werden. Diese Strassen würden wiederum den Siedlungsdruck weiter erhöhen. Unverbaute Landschaften, fruchtbares Kulturland und Erholungsräume in der Nähe der Städte und Dörfer müssen erhalten bleiben, das ist das Ziel der UGS für das Linthgebiet. Darum bekämpfte die UGS den „Glaruspark“ bei Weesen, und deshalb wird sie sich kritisch mit der Mega-Ikea in Schänis befassen. Es

braucht die noch vorhandenen natürlichen Räume für Mensch und Natur. Darum werden die Gemeinden im Linthgebiet aufgefordert, rücksichtsvoll und mit Respekt mit Land und Boden umzugehen. Untersuchungen haben gezeigt, dass es genügend Bauzonen gibt. Die schweizweit überdimensionierten, ungebauten Bauzonen würden heute für über 2 Millionen zusätzliche Einwohner reichen. Mehr Bauzonen als die heute vorhandenen brauchen das Linthgebiet und die ganze Schweiz mindestens für die nächsten 20 Jahre nicht. Landschaft sowie Grund und Boden dürfen nicht dem Steuerwettbewerb der Gemeinden und der Betonlobby ausgeliefert werden. Statt auf die grüne Wiese hinauszuwuchern, soll die

grüne post 3 | 10 - September 2010

Längere Ladenöffnungszeiten können wir nicht hinnehmen!

Am 26. September stimmen wir im Kanton St. Gallen einmal mehr über eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ab.

Die Vorlage „II. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung“ sieht vor, den Geschäften an den Werktagen eine Verlängerung der Öffnungszeiten um eine Stunde, also bis 20 Uhr, zu gewähren. Es liegt auf der Hand, weshalb die Grünen diese Gesetzesänderung bekämpfen und Mitglied im Referendumskomitee sind: Es geht in erster Linie um die soziale Gerechtigkeit. Das Verkaufspersonal in den Läden, grossmehrerlich handelt es sich um Frauen, ist bereits heute in den meisten Fällen schlecht bezahlt. Die Arbeitsbedingungen sind häufig miserabel, besonders in den grossen Konzernen wie Aldi, Lidl oder Ikea, aber auch beispielsweise in den Tankstellenshops und anderen Filialenverkäufketten. In dieser Branche wird beinahe unbegrenzte Flexibilität verlangt. Haben die Geschäfte abends eine Stunde länger offen, nimmt diese Belastung nochmals erheblich zu. Gleichzeitig müssen sich die Verkäuferinnen auch noch um die Familie sorgen und den Haushalt erledigen. Übrig bleibt Stress. Eine Verkäuferin brachte es in einer Gewerkschaftszeitung auf den Punkt: „Freizeit? Vergiss es!“ Im Kanton St. Gallen wären mehr als 10'000 ArbeitnehmerInnen von diesem Gesetz betroffen. Auch sie haben ein Recht auf Familienleben, Erholung, Freizeit und eine gesicherte Existenz.

Dieses Mal möchten die bürgerlichen Parteien den Feierabend angreifen,

bei den letzten Abstimmungen war es häufig der Sonntag. Die Salamitaktik ist offensichtlich. Was versprechen sich die Befürworter der totalen Liberalisierung? Gemeinsame Feierabende und Ruhetage sind eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Sonst leben die Menschen aneinander vorbei. Eine 24-Stunden-Gesellschaft ohne jegliche Ruhe ist ungesund.

Auch an der Argumentationsweise der Liberalisierungsbefürworter hat sich nichts geändert. An erster Stelle werden die Arbeitsplätze aufgeführt: Längere Ladenöffnungszeiten bedeuten mehr Kunden, das führt zu mehr Einkäufen, worauf mehr Leute eingestellt werden, um die vielen Kunden zu bedienen. Es würde uns alle freuen, wenn alles so einfach wäre. Nur weil die Geschäfte länger offen haben, besitzen die Leute nicht mehr Geld, das sie ausgeben können. Mehr Konsum wird es deswegen zumindest mittelfristig nicht geben. Was jedoch schnell deutlich wird, ist die Tatsache, dass die grossen Geschäftsketten sich diese zusätzliche Stunde leisten können, die kleineren Läden aber nicht und mit dem Konkurrenzdruck nicht mehr mithalten können. Gehen KMU zugrunde, werden Arbeitsplätze vernichtet und keineswegs geschaffen. Und abgesehen davon, warum sollten die Arbeitgeber in den grossen Filialen wegen dieser Stunde neues Personal einstellen

und nicht einfach das bisherige einige Stunden länger arbeiten lassen?

Als Nächstes wird von den Liberalisierern aufgeführt, das neue Gesetz entspreche einem gesellschaftlichen Bedürfnis. Wenn dem so wäre, dann müsste beispielsweise die St. Galler Innenstadt am Abendverkauf jeweils rege belebt sein. Sie ist es aber nicht, man sieht kaum mehr Leute als sonst. Selbst wenn es ein gesellschaftliches Bedürfnis wäre, hiesse das noch lange nicht, dass es auch ein sinnvolles Bedürfnis wäre, dem die Politik hinterher rennen müsste.

Wenn es um den Schutz der Rechte der unteren sozialen Schichten geht, sind die Grünen dabei. Was aus unserer Sicht aber noch dazu kommt: Es handelt sich nicht um ein rein gewerkschaftliches Thema. Längere Ladenöffnungszeiten und 24-Stunden-Gesellschaft bedeuten Energieverschleiss, Aufruf zu immer mehr Konsum und Förderung immer grösserer Abfallberge, also nichts als Schaden für die Umwelt. Die Grünen propagieren den Green New Deal. Darum ist unser Engagement für ein deutliches Nein umso mehr gefragt, denn eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist keinesfalls nachhaltig.

Basil Oberholzer, Co-Präsident Junge Grüne Kanton St. Gallen

Siedlungsentwicklung wo immer möglich qualitativ hochwertig nach innen erfolgen – zum Wohle von Mensch und Natur. Die Gemeinden des Linthgebiets müssen jetzt beweisen, dass ihnen die Landschaft und das Kulturland etwas wert sind. Die von grüner

Seite in Bern eingereichte eidgenössische Landschaftsinitiative hat zum Ziel, einer überkommunalen Raumplanung und einem schonenden Umgang mit Boden und Landschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Um die Zersiedelung wirksam zu bekämpfen, braucht es eine

starke Verfassungsgrundlage und ein griffiges Gesetz zur Raumplanung. Nur mit einer klaren Trennung von Bau- und Nicht-Baugebiet, wie dies die Initiative verlangt, kann die einmalige Landschaft der Schweiz für die Zukunft erhalten werden.

grüne post 3 | 10 - September 2010

Pfingstmarsch 2010

«Menschen-Strom gegen Atom» – Auch Grüngesinnte aus dem Toggenburg waren dabei.

Was bringt 5000 Menschen aus der ganzen Schweiz dazu, eine SBB-Tageskarte zu kaufen, zwei, drei oder fünf Stunden im Zug zu sitzen und zehn Kilometer von Däniken nach Olten zu Fuß zurückzulegen? Und das bei zwar prächtiger, aber auch sengender Sonne.

Den Grund, der die Leute dazu bringt, sich aufzuraffen und trotz diesem Aufwand am Pfingstmontag an einer Demonstration beim Atommeiler von Gösgen teilzunehmen, für die rund 40 Vereine die Trägerschaft übernommen hatten, gaben die Veranstalter in ihrem Aufruf klar an: „«AKWs sind teuer, dreckig und gefährlich.»« Zu dieser nicht neuen Erkenntnis gesellte sich als aktueller Anstoß das Ansuchen der Atomlobby für die Baubewilligungen für drei weiteren, klimaschädigenden AKWs.

Dass AKWs teuer und extrem gefährlich sind, weiß heute jede daran interessierte Person. Weniger verbreitet ist das Wissen, dass AKWs alles andere als „klimaneutral“ sind. Wer behauptet, AKWs verursachten keinen CO₂-Ausstoß, ist schwer auf die Propaganda der AKW-Lobby hereingefallen. Bei dieser Behauptung wird außer Acht gelassen, dass beim Abbau des Urans, bei der Herstellung der Brennstäbe, beim Bau eines AKWs und der bei der Lagerhaltung seiner Abfälle mehr fossile Energie verbraucht wird, als die Strommenge, welche dieses AKW während aller Betriebsjahre produziert. Das heißt, würde man diese fossilen Energieträger direkt in Motoren, Generatoren und anderen Geräten verwenden, dann wäre der Wirkungsgrad deutlich größer. Damit stellen die AKWs nicht nur die gefährlichste, sondern auch die klimabelastendste Form der Energieverwendung dar – schlimmer als die schmutzigsten Öl- und Kohlekraftwerke.

Bei dieser Demo fand ich besonders erfreulich, dass zunehmend mehr Leute und Organisatoren erkennen, dass man das kurze AKW-Zeitfenster nicht beenden kann, indem man über die

Auch aus dem Toggenburg haben etliche Grüne und Grüngesinnte teilgenommen.

AKW-Lobby schimpft und ihre vielen Versager aufzeigt, sondern indem Alternativen vorgeführt und verwirklicht werden. Würde man beispielsweise eine Initiative starten, welche verlangt, dass alle älteren Häuser gemäß dem heute möglichen Stand isoliert werden, dann würde diese Aktion weniger Aufwand erfordern und mehr Klimaentlastung bringen als alle derzeitigen Aktionen für die Abschaltung der AKWs und die Appelle zum persönlichen Verzicht.

Ein weiteres Beispiel betrifft den ständig steigenden Stromverbrauch durch Haushalt- und Bürogeräte. Dieser könnte in wenigen Jahren zum Verschwinden gebracht werden, indem jeder PC-Benutzer verpflichtet würde, soviel Solarzellen auf seinem Eigenheim zu installieren, dass sein eigener Verbrauch gedeckt wird. Für alle Mietwohnungen wären die Vermieter dafür besorgt.

Die Reichen – und dazu zählt die Mehrheit der Politiker – haben ein gesichertes Einkommen, auch wenn der Trend zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen weitergeht. Wir aber können diesem Trend vieles entgegenwirken, beispielsweise indem wir die unglaublichen Summen, welche der Bau eines AKWs verschlingt, für die Gewinnung von erneuerbarer Energie einsetzen. Nach dem Bau eines AKWs arbeiten dort nur noch wenige, oft ausländische Spezialisten. Geben wir den gleichen Betrag zur Förderung der alternativen Energiegewinnung aus, dann aber werden damit auf viele Jahre hinaus mehrere tausend Stellen im kleinen und mittleren Gewerbe geschaffen. Das wissen die 5000 Demonstranten und sie spüren auch die Zustimmung von abertausenden weiteren Personen, welche das ebenfalls eingesehen haben.

Remy Holenstein

Remy Holenstein



grüne post 3 | 10 - September 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

Diskussion um die Pflegefinanzierung

National- und Ständerat haben mit der Mehrheit der grossen Parteien SVP, CVP und FdP die Spielregeln im Krankenversicherungsgesetz geändert. Den Kantonen wurde ein neuer Auftrag erteilt, der sozial- und finanzpolitisch von grosser Tragweite ist. Alle Personen – völlig unabhängig von Einkommen und Vermögen – haben neu Anspruch auf kantonal geregelte Beiträge an ihre Pflegekosten. Anders als im Ergänzungsleistungsbereich (EL), wo Reich und Arm anders behandelt werden, kommen neu auch Vermögende an Steuerfranken für ihre Pflege.

Mehr als eine Kostenumverteilungsvorlage

Es geht primär um pflegebedürftige Menschen. Diese Pflege findet wohnortnah in den politischen Gemeinden statt. Die Gemeinden stehen deshalb auch in der Pflicht. Deshalb braucht es Regeln, wie man das Ganze organisieren und bezahlen soll. Die Diskussion um die Kostenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden, welche die VSGP angezettelt hat, ist nicht nur sachlich falsch und absurd, sondern sie zeigt symptomatisch auf, welchen Wert pflegebedürftige Bürgern und Bürgerinnen in den Augen der Vereinigung St.Gallischer Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten haben: Nur zum Steuern zahlen sind sie gut genug.

Für die EVP und die Grünen müssen insbesondere die Kosten- und Tarifransparenz gewährleistet sein und für Pflegeleistungen je nach Pflegebedürftigkeit ein vernünftiges Kostendach festgesetzt werden. Dies unabhängig davon, ob die Pflegeleistungen durch private oder öffentliche Institutionen erbracht werden. Ebenso ist die ambulante Pflege durch Anreize so zu steuern, dass dem Leitsatz „ambulant vor stationär“ so weit dies möglich und sinnvoll ist, nachgelebt werden kann.

Im Weiteren müssen sowohl für die privaten als auch für die öffentlich-rechtlichen Leistungserbringer gleich lange

Spiesse gelten!

Insbesondere gehen die EVP und die Grünen mit den Grundsätzen der Subjektfinanzierung, der Restfinanzierung bei der Langzeitpflege, der Akut- und Übergangspflege sowie im Spitex-Bereich grundsätzlich einig. Ebenso befürwortet die EVP die Kostenträger und den kantonal vorgesehenen Teiler der Restfinanzierung durch den Kanton zu 2/3 und die Gemeinden zu 1/3 der Mehrosten sowie die zentrale Abwicklung der Zahlungsströme durch die kantonale Sozialversicherungsanstalt (SVA). Die Grünen sehen dies im Wesentlichen gleich. Sie sind aber bereit, die Gemeinden weitergehend zu entlasten.





Tessin über Stock und Stein

In Hannes Strickers möglicherweise letztem Wanderwerk beschreibt der ehemalige Kantonsrat aus Kesswil nicht nur seine schönsten Touren im Tessin – wie immer werden die Beschreibungen begleitet von liebevollen Aquarell-Zeichnungen des Autors. Prädikat empfehlenswert.

Das Wanderbüchlein „Tessin – über Stock und Stein“ vermittelt auf charmante Art und Weise eine grosse Auswahl der schönsten Touren in der Sonnenstube der Schweiz. Autor Hannes Stricker hat grosse Erfahrung bezüglich Wandern allgemein – und Tessinwandern im besonderen. In seinem zehnten Wanderbüchlein läuft er nochmals zur Höchstform auf. 46 zarte Aquarelle, 28 exakt gemalte Kartenausschnitte und genaue Höhenprofile vermitteln eine gute Übersicht. Sie zeigen genau auf, was einen erwartet. Ergänzt werden sie durch Wegzeitberechnungen, mit Angaben zum öffentlichen Verkehr und zahlreichen Hinweisen auf Gaststätten, Grotti und Capanne inklusive Öffnungszeiten und Telefonnummern. Diese Angaben verraten auch, dass die Saison im wilden Gebirgskanton recht kurz ist und in höheren Lagen nur von Juli bis September, allenfalls noch Oktober, dauert. In gemässigten Höhen hingegen lässt es sich im Tessin von März bis Oktober ausgezeichnet wandern.

Grossen Wert legt Stricker auf Hinweise zu kulturellen Höhepunkten. Weil er eine Auswahl der schönsten Touren getroffen hat und mehr als die Hälfte

zwei- bis dreitägige Touren sind, haben die Leser die Wahl zwischen 28 Touren (oder 44 Tagestouren), von denen alle mit Besonderheiten und spektakulären Wegabschnitten locken.

Das Büchlein ist liebevoll gestaltet und von den Druckerei-Fachleuten in bester Qualität hergestellt worden. Das Ergebnis ist ein Wanderbuch der besonderen Art, welches sowohl bei der Tourenplanung als auch als Erinnerung Freude macht. Es werden viele handverlesene Empfehlungen zu Flora, Fauna, Badeplätzen, sehenswerten Aussichtspunkten und kulturellen Kostbarkeiten gegeben. Mit 99prozentiger Sicherheit, so verrät uns der Verfasser, wird das zehnte Wanderbüchlein sein letztes sein. Denn er hat sich vorgenommen, nur noch über Gegenden zu berichten, die er nun wirklich „wie seinen Hosensack kennt“.

Der empfohlene Verkaufspreis von Fr. 14.– ist bescheiden. Erhältlich ist das Büchlein (ISBN 978-3-906155-13-5) in allen gut sortierten Buchhandlungen, in einigen Tessiner Berggasthäusern oder direkt beim Verlag am Bach, 8593 Kesswil (verlagambach@gmail.com)

Strickers Werke im Überblick

1. Ferienbuch Obersaxen (2. Auflage); Obersaxen Tourismus
2. Von der Hölle ins Paradies (ausverkauft); Verlag Huber Frauenfeld
3. Zwischen Tödi und Tössegg (ausverkauft); Verlag Huber Frauenfeld
4. Schulreisen im Thurgau; Lehrmittelverlag Thurgau, deutsch und franz. (ausverkauft)
5. Rund um die Komturei Tobel; Verein Komturei Tobel
6. Winterwandern im Appenzellerland (6. Auflage, 2010 aktualisiert); Verlag am Bach
7. Sommerwandern im Appenzellerland (3. Auflage, 2010 aktualisiert); Verlag am Bach
8. Die schönsten Wanderungen rund um den Bodensee (2. Auflage); Verlag am Bach
9. Pilgern bringt s (Viele Tipps zum Pilgern auf dem Jakobsweg Schweiz, Frankreich und Spanien); Verlag am Bach, 2009
10. Tessin: über Stock und Stein; Verlag am Bach, Juni 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

Gesucht: Bewerbende für die Kantonalen Gerichte

Im Juni 2011 wählt der Kantonsrat SG die Mitglieder der kantonalen Gerichte für die Amtsdauer 2011/17. Viele dieser Ämter sind neu zu besetzen. **Schlusstermin für Bewerbungen: 13. September 10.**

achpersonen können sich, portiert durch die Grünen St. Gallen – aber natürlich auch über eine andere Partei ihrer Wahl – für nebenberufliche Aemter als HandelsrichterIn am Kantonsgericht, FachrichterIn am Versicherungsgericht oder FachrichterIn in der Verwaltungsrekurskommission bewerben.

Fachrichter im Nebenamt – das heisst nicht: juristische Ausbildung (diese ist für ein Hauptamt unabdingbar), sondern ausgewiesene Fachperson in einem Berufsgebiet, z.B. Chemie, internationaler Handel, Textil, Medizin verschiedener Fachrichtungen, Finanzen, Pflegeheimleitung, Bau, Zimmerleute, Landwirtschaft, Psychotherapie, Sozialarbeit, Sozialversicherung und weitere.

Die Grünen wollen Personen die sich den Zielen grüner Politik zugeneigt fühlen, auf dem Weg in solche Ämter unterstützen. Parteimitgliedschaft ist nicht notwendig (wenn auch erfreulich). Die Bewerbung, direkt bei der Rechtspflegekommission des Kantonsrates, folgt klaren Regeln.

Interessiert? Susanne Hoare-Widmer, die Fraktionschefin der Grünen/EVP/Grünliberalen im Kantonsrat erteilt gern nähere Auskünfte zu Profilen, Bewerbungs- und Wahlprozedere.

Kontaktaufnahme erbeten: hoare_widmer@bluewin.ch bzw. 071 245 23 27 oder 079 329 17 03

Grüne Kontaktadressen SG

Präsident Grüne SG

Urs Bernhardsgrütter, Postfach 1009, 8640 Rapperswil 055 210 92 58 ursbhg@bluewin.ch
079 880 92 58

Sekretariat Grüne SG

Daniela Vetsch Böhi, Hofstattstr. 14, 9630 Wattwil 071 988 68 08 delilah-design@thurweb.ch

Regionen

St. Gallen Christian Eggenberger, Postfach 207, 9004 St. Gallen 071 260 26 41 stadtgruene@gruene-sg.ch

Rorschach Benno Bissegger, Löhrstrasse 6, 9402 Mörschwil 071 866 25 66 ecole@smile.ch

Rheintal Sarganserland Werdenberg René Sieber, Lueggweg 4, 9443 Widnau, 071 722 64 06 rheintal@gruene-sg.ch

See und Gaster Marco Fäh, Im Bornet, 8722 Kaltbrunn 055 283 43 44 marcofaeh73@hotmail.com

Rapperswil-Jona Hans Tobler, Säntisstrasse 22, 8640 Rapperswil 078 806 74 99 hanstobler@freesurf.ch

Toggenburg • Catherine Lieberherr, Lärchenrain 9, 9630 Wattwil 071 988 53 66 toggenburg@gruene-sg.ch
• Daniela Vetsch Böhi, Hofstattstr. 14, 9630 Wattwil 071 988 68 08 delilah-design@thurweb.ch

Wil Land Arnold Schaltegger, Postfach 411, 9230 Flawil 071 393 52 81 gruene-wil-land@bluewin.ch

Grüne prowil Daniel Schläpfer, Langeggweg 3, 9500 Wil 071 911 46 14 info@prowil.ch

Grüne Termine SG

- Termine online aktuell unter www.gruene-sg.ch > Agenda



RACHEL LUMSDEN
DANIEL AMBÜHL
MONICA GERMANN &
DANIEL LORENZI
SUSANNE KELLER
KATALIN DÉER
MATTHIAS RÜEGG

KUNSTHALLE[N] TOGGENBURG

BIER IST ETWAS GUTES.
ALTE BRAUEREI BURTH
LICHTENSTEIG
SA 11. – SO 26.
SEPTEMBER 2010

#5



arthur

www.kunsthallen-toggenburg.ch

Buchbesprechung: Macht grüne Politik glücklich?

Es ist eine ausgesprochene Seltenheit, dass aktive Politiker in Buchform die Grundlagen ihrer Arbeit und ihres Engagements offenlegen. Mit „Green Change. Strategien zur Glücksmaximierung“, in diesem Jahr im Zytglogge-Verlag erschienen, ist dem jungen Grünen Bastien Girod ein Wurf gelungen, dessen Lektüre nicht nur für grüne Aktivisten wertvoll ist. Das Buch ist auch geeignet, grüne Positionen unter einem neuen Gesichtspunkt einem breiten politisch interessierten Publikum nahezubringen.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Es beginnt mit dem Engagement, mit Aktionen und Ideen der jungen Grünen und mit der ganz persönlichen Erzählung, wie aus dem Greenpeace-Aktivisten Girod ein Nationalrat wurde. Dieser Teil macht klar, was den Autor glücklich macht: grüne Politik.

Der zweite Teil analysiert gesellschaftliches und individuelles Glück und wie es entsteht. So wird zum Beispiel nachgewiesen, dass Leute durchschnittlich ab einem monatlichen Einkommen von 15'000.- nicht mehr massgeblich glücklicher werden; das materielle Glück hat also Grenzen. Und dass das Bruttosozialprodukt kein geeigneter Indikator für den Glückszustand einer Gesellschaft darstellt. Hingegen können Gesundheit, Selbst- und Mitbestimmung, Beziehungen und intakte Natur das Glücksempfinden weiter steigern.

Girod beschäftigt sich auch mit den Faktoren, die unser Glück schmälern. Als Erklärungsmodell dient das überall auftretende „Gefangenendilemma“: Eine/r tut etwas, weil er/sie sich damit einen Vorteil verschaffen kann, worauf alle anderen es auch tun und sich damit in einen kollektiven Nachteil stürzen. Als Beispiel wird die Offroad-Problematik dargestellt: „Der einzelne Autofahrer hat einen Vorteil durch den Kauf eines Offroaders: Er kann damit angeben, und im Falle eines Unfalls mit einem anderen Personenwagen sind seine Überlebenschancen höher. (...) Wenn nun aber viele andere Automobilisten ebenfalls einen Offroad fahren, schwinden die genannten Vorteile dahin und es erwachsen allen lediglich die Nachteile.“ Aber bei den meisten Umweltproblemen handelt es sich um Gefangenendilemmas. Die Versuchung,

einen individuellen Vorteil zu ergattern, wird dabei noch verstärkt, weil es sich meist um öffentliche Güter handelt, welche zudem noch gratis sind. Luft kann verschmutzt werden, Wälder abgeholzt und Wasser verseucht, und wer es am skrupellosesten tut, macht den grössten Profit. Viele dieser Gedankengänge stützen sich übrigens auf die Glücksforschung des Ökonomeprofessors Bruno Frey von der Universität Zürich.

Der dritte Teil widmet sich der Frage, wie wir aus diesen Dilemmas herauskommen. Das Rezept heisst Nachhaltigkeit. Alle wissen zwar, wie Nachhaltigkeit schmeckt, doch wie man sie kocht, ist vielen noch unbekannt. Und hier spricht Bastien Girod der grünen Politik eine Vorreiterrolle zu. Ökologische Wirtschaft, umweltneutrale und intelligente Produkte, grüne Energieversorgung. Das ist alles zwar nicht neu, aber Girod zeichnet den konkreten politischen Weg auf, wie wir dorthin kommen. Es werden Allianzen vorgeschlagen: grün-liberale Allianzen (Kooperation mit Wirtschaft und anderen Parteien), grün-soziale Allianzen (Kooperation mit Entwicklungshilfeorganisationen, sozialen Institutionen, etc.) und grün-konservative Allianzen – wobei konservativ als ‚bewahrend‘ zu verstehen ist (zum Beispiel kirchliche Institutionen, Naturschutzorganisationen). Hier dürften sich die Geister denn auch bei uns Grünen scheiden: Mit wem gehen wir welche Allianzen ein, und zu welchen Kompromissen sind wir bereit, um wiederum andere Erfolge zu erzielen? Diese Diskussion werden wir immer und immer wieder führen müssen – sie macht Politik spannend. „Green Change“ ist ein spannendes

und leicht zu lesendes Buch für PolitesteigerInnen, aber auch für alte Füchse, die den frischen Wind spüren wollen, der in der Partei weht. Und es ermutigt uns alle, uns weiterhin mit voller Kraft für grüne Politik zu engagieren.

Mirjam Ballmer, Grossrätin Junges gGrünes bBündnis BS



ALV Revision – eine Mogelpackung

Es ist unbestritten, dass die ALV mit einer Schuldenlast von fast 7 Milliarden Franken saniert werden muss. Aber nicht so! Die ALV Revision, gegen die die Grünen zusammen mit SP, Gewerkschaften und Arbeitslosenkomitees das Referendum ergriffen hatten, ist keine echte Sanierung, sondern eine Sparübung auf Kosten der Arbeitslosen sowie von Gemeinden und Kantonen.

Die Revision schlägt Massnahmen auf Einnahmen- und Ausgabenseite vor. Auf der Einnahmenseite werden durch die Erhöhung der Beiträge um 0.2% sowie mit einem befristeten Solidaritätsprozent auf Einkommen zwischen 126 000 und 315 000 Franken jährliche Mehreinnahmen von 646 Millionen erwartet. Minderausgaben von 612 Millionen ergeben sich durch verlängerte Wartezeiten vor allem für Jugendliche, sowie durch Leistungskürzungen bei kürzerer Beitragszeit.

Bei genauer Betrachtung erweisen sich die vorgeschlagenen Massnahmen als unsozial, unsolidarisch und für eine dauerhafte Sanierung der ALV untauglich. Zunächst einmal treffen verlängerte Wartezeiten und Leistungskürzungen vor allem die Schwachen. Jugendlichen und junge Erwachsene, die nach Schulabschluss oder nach Abschluss einer Ausbildung in der sie nicht beitragspflichtig waren keine Stelle finden, erhalten während eines halben Jahres keine Leistungen. Nun kann man sagen, es sei nicht so schlimm, wenn ein junger Mensch in dieser Situation wieder bei seinen Eltern Unterstützung suchen muss. Abgesehen davon, dass dies nicht überall möglich ist, sendet eine solche Massnahme ein fatales Signal aus. Jungen Menschen, welche bereit sind Unabhängig zu werden und ihre Verantwortung in der Gesellschaft zu tragen, wird von eben dieser Gesellschaft bedeutet «Sorry, hier ist kein Platz für dich». So werden junge Menschen entwertet. Da Arbeitslosigkeit häufiger Jugendliche mit Migrationshintergrund betrifft, sind weitergehende soziale Konflikte programmiert. Für die entstehenden Kosten werden aber andere (v.a. Gemeinden) aufkommen müssen. Aber dies ist ja ein Leitgedanke der ALV Revision, die damit rechnet, dass jährlich bis zu 140 Millionen Kosten von der ALV an die Gemeinden umverteilt werden. Gemeinden und Kantone rechnen

übrigens mit ca. 240 Millionen.

Weitere Bevölkerungsgruppen, denen durch die ALV Revision Ausgrenzung droht sind geschiedene Wiedereinsteigerinnen und ältere, schwieriger vermittelbare Arbeitslose. Da diese oft kürzere Beitragsdauern vorweisen, drohen Leistungskürzungen. Sie riskie-

Leistungsabbau konkret

1. Verkürzung der Bezugsdauer

Beispiel älterer Arbeitnehmer, über 55jährig, erkrankt schwer und kann während zwei Jahren nicht mehr arbeiten. Nach geltendem Recht erhält er ein Jahr Arbeitslosengeld, in Zukunft nur noch vier Monate, auch wenn er vorher während Jahrzehnten Beiträge bezahlt hat.

2. Verlängerung der Wartezeit

Lohnbeispiel Chauffeuse mit gut 5000 Fr. Monatslohn erhält wegen der Verdoppelung der Wartezeit im ersten Monat der Arbeitslosigkeit neu nur noch Fr. 1900.- und erfährt damit mit dieser Revision eine massive Kürzung von ungefähr Fr. 1000.-.

2. Spezialregelungen

In Krisenregionen mit hoher Arbeitslosigkeit in gewissen Branchen (Zulieferer Auto-Industrie, Uhrenindustrie etc.) kann heute die Bezugsdauer von Arbeitslosengeldern auf Antrag der Kantone erhöht werden. Dies ist in Zukunft nicht mehr möglich.

ren in den Strudel «kurze Beitragsdauer-Leistungskürzung» zu geraten, bis sie schliesslich bei der Fürsorge entsorgt werden.

Frau Bundespräsidentin Leuthard hat in einem Medienauftritt argumentiert, dass das Versicherungsprinzip greifen müsse, dass man ohne Prämien keine Versicherungsleistungen zu gut habe. Nur hat unsere gute

Frau Bundespräsidentin dabei vergessen, dass die ALV eine Sozialversicherung ist, und Sozialversicherungen beruhen gerade auch auf dem Prinzip der Solidarität. Würde man ihrer Argumentation folgen, erhielten Reiche keine AHV. Denn: eine Versicherung zahlt nur im Schadensfall. Wenn das Alter kein Schadensfall ist, d.h. wenn man auch ohne die AHV auskommt, erhält man nichts.

Gerade mit der Solidarität ist es aber in dieser Vorlage nicht weit her. Ohnehin störend an der Schweizer ALV ist die Tatsache, dass nur Einkommen bis 126 000 Franken beitragspflichtig sind. Natürlich sind höhere Einkommen nicht versichert, aber siehe oben: Solidarität. Dass uns jetzt befristete Solidaritätsprozent für Einkommen zwischen 126 000 und 315 000 Franken als besonderer Akt der Wohltätigkeit verkauft wird, ist ein Hohn. Wären alle Einkommen bis hinauf zu den Millionenbezügen gewisser Herren beitragspflichtig, wäre unsere ALV kaum sanierungsbedürftig. (Übrigens: In Grossbritannien erwägt die konservative [!] Regierung eine Finanzierung der ALV über 2% Beiträge für alle.)

So oder so: Eine echte, dauerhafte Sanierung ist weder mit einem Ja noch einem Nein am 26. September zu erreichen. Das Ganze macht den Anschein eines Déjà-vu: Beitragserhöhungen, Leistungskürzungen, befristete Beiträge für den oberen Mittelstand. Wenn's der Wirtschaft wieder etwas besser geht, die Arbeitslosenzahlen etwas tiefer sind, das Defizit der ALV schmilzt, die News von dieser Front nicht mehr sexy sind, dann verschwindet das Thema wieder im Domröschenschlaf. Und in der nächsten Krise – wie gehabt. Ein klares, überzeugtes NEIN zur Revision der ALV wird jedoch den Druck erhöhen, eine echte Neugestaltung der ALV mit Beiträgen von allen einzuleiten.

Jürg Joss / Yvonne Gilli

PPA
8580 Amriswil

Sekretariat Grüne TG
c/o Nutronic AG
St. Gallerstr. 24, 8580 Amriswil



Schon wieder ...

... steht sie an, die Diskussion um eine neue Strassenverbindung vom Autobahnzubringer bei Bonau zu jenem bei Eggenach. Auch die nächste Mitgliederversammlung der Thurgauer Grünen widmet sich diesem Thema. > Seite 3

Rainer Bächli
Der Thurgauer Grüne der ersten Stunde ist nicht mehr > Seiten 4

Peter Wildberger
Nach 26 Jahren Rücktritt vom Grossen Rat > Seite 5

Baubiologie
Ein weiterer Artikel zum Thema «wohngesundes Bauen» > Seite 6

Bezirk Frauenfeld verstärkt
Die neue Bezirkspartei ist gegründet > Seite 7

Frauenfelder Solarinitiative vor der Abstimmung
Eine Annahme wäre ein Meilenstein in der Förderung > Seite 8

Die Zukunft ist erneuerbar
Der Anti-AKW-Kampf wird koordiniert > Seite 12

Verantwortlich tun, was aus der Zeit notwendig ist

Zum Hinschied von Rainer Bächli (31. Juli 1948 – 10. Juni 2010)

Mit Bestürzung haben wir Grüne vom tragischen Hinschied unseres Gründungsmitglieds und ehemaligen Kantonsrats Rainer Bächli Kenntnis nehmen müssen. Rainer ist auf einer Geschäftsreise in Tiflis (Georgien) auf dem Weg zum Flughafen mit dem Taxi tödlich verunglückt. Er wusste wohl, dass seine Reisen in alle Welt zugunsten einer natur- und menschengemässen Nutzung der Erde mit Gefahren und Risiken verbunden waren, die er, von seiner anthroposophischen Grundhaltung her, mit Gelassenheit auf sich genommen hat. Für uns alle, die sich mit seiner Grundhaltung einig wissen und mit seinen beruflichen und politischen Anliegen verbunden waren, ist es ein herber Verlust.



Rainer Bächli wurde am 31. Juli 1948 in Zürich geboren und wuchs zusammen mit zwei Brüdern in einem anthroposophischen Elternhaus auf. So kam er früh mit den von Rudolf Steiner entwickelten Ansichten über Natur und Kultur in Berührung, sah sich schon während dem Besuch der Waldorfschule zum Lehrerberuf hingezogen. Doch sein Interesse verlagerte sich mehr und mehr auf das Gebiet der Landwirtschaft, dessen damals üblicher rein technokratischer Bodenbearbeitung und Produktion er nichts abgewinnen konnte. Auf dem Dottenfelderhof, einem Pionierbetrieb des biologisch-dynamischen Landbaus in Deutschland, kam er zur Überzeugung, dass man dem Leben in all seinen Ausgestaltungen mit einer völlig neuen, geistigen Grundhaltung zu begegnen habe, wenn man langfristig die Fruchtbarkeit der Böden und die Vielfalt der Nahrungsgrundlage erhalten will. Da der Beruf eines Bauern für einen

Neueinsteiger angesichts der Bodenpreise und der seltenen Pachtangebote für ihn nicht möglich wurde, wandte er sich dem Studium der Agrarwissenschaften an der ETH zu, das er mit dem Doktorat abschloss. Das Thema seiner Dissertation war die umstrittene Veraschungsmethode von Rudolf Steiner, dessen Theorie er mit wissenschaftlichen Methoden zu erhärten versuchte. Im Rahmen dieser Doktorarbeit kam er in ganz Europa mit unzähligen Institutionen in Kontakt, die damals Wege des aufstrebenden ökologischen Landbaus praktizierten. Er nahm zahlreiche wichtige Aufgaben wahr als Geschäftsführer der Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen, wirkte als Sekretär der Demeter Markenschutzkommission und des biologisch-dynamischen Konsumentenverbandes in der Schweiz. Zudem war er mit seinen Ideen Initiator von entsprechenden Genossenschaften und Veranstaltungen. Schliesslich gründete er das Institut für Marktökologie, das sich der Zertifizierung von biologischen Landwirtschaftsbetrieben widmete und inzwischen in 90 Ländern über 350 Mitarbeitende beschäftigt.

Diese rasant wachsende und begehrte Institution führte auch dazu, dass Rainer nur für einige Jahre, aber auf sehr intensive Weise in der Thurgauer Politik aktiv war. Anfangs der Achtzigerjahre fanden sich auf dem Weg zur Arbeit im Zug nach Zürich einige Pendlerinnen und Pendler zusammen, die laut über die Gründung einer Grünen Bewegung im Thurgau nachdachten. Zu ihnen gehörte auch ETH-Assistent und Doktorand Rainer Bächli. Die Freie Grüne Liste, die 1983 die Nationalratswahlen belebte, errang auf Anhieb 5,9%. Für einen Nationalratsitz reichte es nicht, doch gelang der inzwischen gegründeten Grünen Partei Thurgau 1984 der Sprung in den Grossen Rat mit gleich 6 Sitzen. Rainer Bächli wurde im Bezirk Weinfelden gewählt. Seine Gedanken einer sachbezogenen und tiefer schürfenden Politik, insbesondere im

Gesundheitswesen, in Erziehungsfragen und in der Landwirtschaft empfanden die damaligen Vertreter der traditionellen Ansichten in diesen Gebieten als gewaltige Zumutung, und sie widersetzten sich anfangs solchen Ansichten mit Entschiedenheit und mit Häme. Aber Rainer verfolgte unerschütterlich seinen Weg, und so konnte sich nicht einmal die kantonale Ausbildungsstätte der Landwirte den Bedürfnissen des biologischen Landbaus entziehen. Heute sind sie zur Selbstverständlichkeit geworden. Rainers blitzgescheite Argumentation und Beschlagenheit war gefürchtet, ja, er schreckte sogar nicht davor zurück, einmal einen Regierungsrat zum Rücktritt aufzufordern. Das war denn doch im Thurgauer Grossen Rat des Guten zuviel. Aber Rainer hatte auch die Grösse, mit der betroffenen Person ins Gespräch zu kommen und die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Denn das war ja seine Überzeugung: Reformen in Politik und Wirtschaft sind nur mit den Menschen und nicht gegen sie zu realisieren. Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit, wie er dies in einem Interview darlegte, geht von der Vertrauenssicherheit aus, und das Ziel ist stets die Förderung der Eigenverantwortung.

Der Mensch spielt für ihn im Schöpfungsplan eine zentrale Rolle. Es ist nicht so, dass man die Natur einfach sich selbst und dem Wildwuchs überlassen kann. Die Unverwechselbarkeit der Landschaften ist überwiegend ein Werk der Menschen, die in ihren Regionen über Generationen die Erde kultiviert haben, und sie ist leider auch das Werk von Menschen, die sie zerstören. Rainer fühlte sich berufen, dort tatkräftig sich einzusetzen, wo sich eine neue, wegweisende Entwicklung anbahnte. „Ich muss das tun, was aus der Zeit notwendig ist“, heisst es im erwähnten Interview. Und er hielt die Zeit für reif, gleichsam als Geburtshelfer jenen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen, die sich in Anzeichen vielfältig bemerkbar machten. Vielleicht erstaunt es

grüne post 3 | 10 - September 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

Ein riesiges Dankeschön an Peter Wildberger!

Nach 26 jährigem Politmarathon im Grossen Rat, hat unser Fraktionsmitglied und Freund Peter Wildberger seinen Rücktritt aus dem kantonalen Parlament erklärt. In seine grossen Fussstapfen stehen wird Rosina Maier-Schiess, Gemeinderätin und Katechetin aus Gachnang.

Bereits vor zwei Jahren war Peter Wildberger amtsältester Parlamentarier und durfte als solcher die Legislaturperiode im Grossen Rat eröffnen. Als erster und bisher einziger Exponent der Grünen nahm Peter Wildberger damals auf dem Stuhl des Ratspräsidenten platz, um mit markigen und gehaltvollen Worten die Legislatur zu lancieren. Peter's sachlich stets fundierte Argumentationen, seine prägnanten Voten und auch sein immer freundliches Auftreten haben ihm über alle Parteigrenzen hinweg ein sehr hohes Anliegen verliehen. Nebst dem verfechten von „typisch grünen Themen“ hat sich Peter vorallem mit Gesundheitspolitik und der Thurgauer Kantonalbank beschäftigt. Peter ist fast so etwas wie ein Mister TKB geworden! Es ist vorallem auf seine Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit

zurückzuführen, dass sämtliche Privatisierungsgelüste von gewissen bürgerlichen Politikern und von IHK-Kreisen immer wieder auf Distanz gehalten werden konnten.

Peter, im Namen der Grünen Fraktion danke ich Dir für Deinen langen und unermüdbaren Einsatz zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung unseres schönen Kantons. Du warst und bist ein Aushängeschild unserer Partei und wir werden Dich in der Fraktion wohl noch oft vermissen. Bitte sei so gut und nutze die durch den Rücktritt freigeordnete Zeit als zusätzliche Freizeit für Dich, Deine Familie und Deine Hobbys. Alles Gute und hoffentlich bis bald einmal an einer Parteiversammlung oder bei anderer Gelegenheit.

Für die Grüne Fraktion
Klemenz Som, Fraktionspräsident



Peter Wildberger bei seiner Antrittsrede als Alterspräsident des Grosses Rates, Mai 2008

nicht, dass in seinem weltweiten Einsatz der Gedanke an ein von dem irdischen Mühen losgelöstes Leben mehr und mehr Raum gewann, und er dies uns Mitmenschen vorsorglich, bevor ihn die Schicksalsstunde erreichte, noch kundtun wollte. So lädt er uns anstatt zur Trauerfeier zur «Feier seiner Geistgeburt» ein. Wir sind noch nicht so weit, ihm hier folgen zu können. Uns erfasst schlicht tiefe Traurigkeit, Rainer nicht mehr unter uns zu haben. Er wird dazu von seiner überirdischen Warte aus verständnisvoll lächeln.

Mag uns Rainer Maria Rilke Trost sein, der die Trauer über den Verlust mit dem Gefühl der Zuversicht verbindet:

Wege des Lebens. Plötzlich sind es die Flügel, die uns erheben über das mühsame Land; da wir noch weinen um die zerschlagenen Krüge, springt uns der Quell in die eben noch leerste Hand.

Peter Schmid

Grüne Termine TG

- nächste Mitgliederversammlungen
07. September, 19.40h im Frohsinn in Weinfelden

Die wichtigsten Traktanden

- Information über die Parolenfassung durch den Vorstand zur Abstimmungsvorlage vom 26. September: Revision der ALV.
- BTS/OLS, Hosenträger oder Ottenberg-Tunnel zur A7? Toni Kappeler informiert über:
 - die Variante BTS/OLS gemäss kantonalem Richtplan
 - die Variante von WWF, Pro Natura und VCS
 - die Variante von GLP und BDP
- Diskussion der Null-Variante
- Vergleich der verschiedenen Varianten
- Anschliessende Diskussion und Erarbeitung der Eckwerte einer verkehrspolitischen Position der Grünen Thurgau

- weitere Termine online aktuell unter www.gruene-tg.ch > Agenda

Baubiologie

Das «Haus der Zukunft»

Nicht modisch, dafür modern, zeitlos, ein Ort der Erholung und anderes mehr sollte ein Haus sein. Ein neues Haus gehörte immer auch ein «Haus der Zukunft» sein.

seiner Auffassung nach die seelische Verkrüppelung und Verarmung der modernen Gesellschaft abbildet. Tito Carloni ein Tessiner Architekt und bescheidener Meister seines Fachs stellt fest, dass das

Wohnen immer mehr durch die Mobilität ersetzt wird. Die Architektur wird immer virtueller, genauso wie unser Alltag. Wo bleibt das sinnliche, weiche, reale und echte von Form, Farbe und Material und wo die Naturbeziehung und Rückbesinnung zu unseren Wurzeln und das Lebendige?

Unser „Haus der Zukunft“ ist ein Sonnen-Haus. Ein Haus aus gespeicherter Sonnenenergie (Holz), mit Lehm optimiert für ein perfektes Innenraumklima, schadstofffrei und

Die Baubiologie geht von der Kurzdefinition der Lehre von der Wechselbeziehung zwischen Mensch und Gebäude aus. Ein Haus ist die dritte (Innenwände) und die vierte Haut (Fassade) des Menschen! Die Haut ist ein Organ und genauso sollte das Haus sein, lebendig, positiv anregend, diffusionsoffen aber auch schützend.

Schon Konrad Lorenz sieht die Unsinnlichkeit unserer modernen Bauten, welche

feuchteausgleichend auf natürliche Art und Weise. Die sorgfältig ausgewählten Naturbaustoffe machen das Haus naturnah und echt.

Ein moderner, zentraler Grundofen mit Absorbertechnik kombiniert mit Solarthermie versorgt das gut gedämmte Haus übers ganze Jahr mit der nötigen Energie. Auch während sehr kalten Tagen ohne Sonne ist ein minimales Einfeuern des sehr leistungsfähigen Ofens

gewährleistet. Teure Energieträger wie z.B. Holzpellets fallen weg, auch eine grösstmögliche Stromunabhängigkeit wird angestrebt. Die Wärmeverteilung wird mittels Schwerkraftheizung so ausgelegt, dass diese ohne Strom und Pumpensysteme funktioniert. Das «Haus der Zukunft» ist auch bei Stromausfall beheizbar und warm. Ebenso werden sich die BewohnerInnen jeden Alters der Beziehung zur Energie wieder bewusst und was gibt es wohlthuenderes als ein warmer Ofen in der Stube an einem klirrenden Winterabend!

Martin M. Hänni, Geschäftsführer,

www.wohngesundes-bauen.ch, Hänni & Hänni GmbH



www.wohngesundes-bauen.ch

**Systemhäuser mit Lehm
Baubiologie & Bauökologie
Lehmbau Beratungen**

8514 Amlikon – Bissegg
Tel. 079 594 45 67 / info@wohngesundes-bauen.ch

Markus Allemann Naturgärten



Planung, Ausführung
und Unterhalt von Naturgärten
VNG-Fachbetrieb

Toos, 8577 Schönholzerswilten
Tel. 071 633 29 84
allemann.toos@bluewin.ch
www.natur-gaerten.ch

Neue Bezirkspartei Frauenfeld gegründet

Natürlich klimatisiert

Temperaturen weit über 30 Grad herrschten am 2. Juli, als die Grünen der Bezirke Diessenhofen, Steckborn und Frauenfeld aufgerufen waren ihre Bezirkspartei neu zu konstituieren. Dieser wichtige Akt wurde angesichts der grossen Hitze natürlich klimatisiert durchgeführt. Natürlich klimatisiert will heissen, dass die Gäste in den Hüttwiler Zehntenkeller geladen waren, in dem es so natürlich kühl war, dass man sich auf die wichtigen Geschäfte konzentrieren konnte.



Kantonsrätin Rosina Maier im Gespräch mit Präsident Roman Fischer

Die formelle Gründung war dank gründlicher Vorbereitung schnell vollzogen. Statuten wurden verabschiedet, ein neuer Vorstand aus Mitgliedern der Bezirke Steckborn und Frauenfeld stand zur Wahl bereits in den Startlöchern und bekam auch einstimmig das Vertrauen der anwesenden Mitglieder. Präsident der neuen Bezirkspartei ist Roman Fischer, Hüttlingen, der die Grünen des Bezirks Frauenfeld bereits seit September 2009 interimistisch leitet. Vize ist Andreas Engeler aus dem Bezirk Steckborn. Einziger Wermutstropfen war, dass der Bezirk Diessenhofen nicht vertreten ist. Wir werden sie suchen, und finden, die Diessenhofer Grünen.

Mit grossem Applaus wurde **Verena Fankhauser** aus dem Vorstand verabschiedet. Mit ihr tritt eine grosse Fi-



gur der Frauenfelder und Thurgauer Grünen zurück, der die Partei viel zu verdanken hat. Nach langen Jahren mit grossem Einsatz in den verschiedensten Funktionen (Volksvertreterin, Vorstandsmitglied, Delegierte, unermüdliche Unterschriftensammlerin, Böllezopfartistin, Flohmi-Verkäuferin ...) hat sie sich entschlossen kürzer zu treten.

Peter Schmid, alt Nationalrat und weiterhin aktiver Doyen der Thurgauer Grünen, hielt als Festredner Rückschau auf die Gründerjahre der Grünen Bewegung und zeigte auf, warum deren



Grundsätze wie langfristige und nachhaltige Politik anstatt kurzfristigem Erfolgsdenken oder eine menschliche Politik, die das Gemeinwohl ins Zentrum stellt, nach wie vor gelten. Die Grünen werden oft als Oppositionspartei wahrgenommen. Opposition wird weiterhin nötig sein, aber gerade so wichtig ist es, mit anderen einen Konsens zu finden, denn: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“

Bevor zum gemütlichen Teil übergegangen wurde, musste die «Umkehrfunktion» der grünen Klimaanlage aktiviert werden: Tische, Bänke und der von Sarah und Andreas vorbereitete Apéro wurden aus dem kühlen Keller in



den nun angenehm warmen Sommerabend getragen. Der perfekte Abend animierte noch lange zum Austausch von Erfahrungen, Schwelgen in Vergangenheit und Schmieden von Plänen für die Zukunft.

Jürg Joss

Sonnenklar: Erneuerbar!

Die Frauenfelder Solarinitiative kommt am 26. September an die Urne.

Die Initiative

860 Unterzeichnende verlangen, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Frauenfeld bis Ende 2020 pro Einwohner 2m² Solarfläche (thermisch und Fotovoltaik) in Betrieb sind. Mit der Annahme der Initiative verpflichtet sich die Frauenfelder Bevölkerung, gemeinsam auf dieses Ziel hin zu arbeiten. Laut Initiativtext ist es die Hauptaufgabe der Stadt, die Vorhaben von Privaten, Gewerbe und öffentlichen Institutionen zu koordinieren und beratend zu begleiten. Wo nötig, werden finanzielle Anreize geschaffen. Erst in zweiter Linie soll die Stadt als Investor tätig werden und auf eigenen Gebäuden Fotovoltaikanlagen erstellen und Solarenergie konsequent bevorzugen. Die Initiative eröffnet ganz neue Perspektiven. Eine Stadt verpflichtet sich zu einem neuen Weg in die Energiezukunft. Anstatt wie bisher punktuell und dünn gesät vorwiegend auf Einfamilienhäusern, bekommt die Solarenergie ganz neue Möglichkeiten. Ein Quartierverein baut eine Fotovoltaikanlage, Stockwerkeigentümer oder gar Mieter in einem Wohnblockquartier schliessen sich zusammen und planen gemeinsame Energiekonzepte, eine "Volks-Fotovoltaikanlage" entsteht, in der jedermann seine Quadratmeter an der städtischen Energiewende sponsern kann.

Die Stadt leitet und koordiniert. Sie baut bürokratische Hürden ab, bringt Partner zusammen, schafft Anschubfinanzierungen wo nötig. Der Finanzierungsanteil der Stadt wird angesichts des Wachstums in der Solarbranche klein bleiben (nach Berechnungen der Initianten ca. 800'000 Franken oder 2 Steuerprozente pro Jahr), gefragt sind Ideen und der Willen, gemeinsam mit der Bevölkerung etwas zu bewegen.

Diesen hat die Stadt offensichtlich nicht. Der Stadtrat hat zwar zähneknirschend die Gültigkeit der Initiative festgestellt, hat sich dann aber aller Tricks bedient um zu «beweisen», dass die Initiative nicht umsetzbar ist. Hauptargument: «Wir können niemanden zwingen, Solarfläche zu bauen, und dann müssen wir alles selber bezahlen.» Man tut so, als ob Solarzellen Ladenhüter wären, die keiner will und ignoriert geflissentlich die Tatsache, dass die Solarenergie ein Wachstum im zweistelligen Prozentbereich aufweist, dass es Förderprogramme von Bund und Kanton gibt, und dass die Solarenergie einer der grössten Hoffnungsträger für die Energiezukunft ist. Also erstellt die Stadt eine Vollkostenrechnung und suggeriert dem Stimmbürger Ausgaben von über 90 Millionen Franken zu Lasten der Stadtkasse.

Der Gegenvorschlag

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind zu wichtig, die Solarinitiative ist laut Stadtmann zu «sexy», als dass man sie ohne Gegenvorschlag dem Volk unterbreiten könnte. Also schlagen Stadt- und Gemeinderat die Schaffung eines Fonds «für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz» vor, welcher jährlich mit 1 Million Franken Steuergeldern gespiesen wird. Das tönt zwar toll, erweist sich aber bei näherem Hinsehen als Mogelpackung. Die eine Hälfte des Fonds ist nämlich für stadteigene Projekte reserviert. Einerseits könnte damit die Stadt gewisse laufende Kosten (Umsetzung Energierichtplan, Projekt «Energistadt Frauenfeld») über diesen Fonds finanziert werden. Andererseits

hat die Stadt in den vergangenen Jahren erneuerbare Energieprojekte verwirklicht, die bedeutend teurer waren, als die halbe Million, die jetzt für städtische Projekte zur Verfügung stehen soll.

300'000 Franken sollen für Gebäudehüllensanierungen bereit gestellt werden, was wenig Sinn macht. Durch das nationale Gebäudeprogramm (gespiesen von der CO₂ Abgabe auf Brennstoffen) werden den Kantonen jährlich ca. 300 Millionen zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Warum sollten die Frauenfelder also noch Steuergelder für etwas geben, was sie bereits über die CO₂ Abgabe finanziert haben?

200'000 Franken bleiben schliesslich noch für die Solarenergie übrig. Dies entspricht der bekannten Verhinderungstaktik und Interessenpolitik, die wir bereits von der KEV kennen. Man fördert zwar Solarenergie, aber nur so weit, wie es den Interessen nicht schadet, die die Stadt vertritt. In unserem Fall ist klar, welchen Herrn gedient wird: Axpo und Erdgas Ostschweiz. Frauenfeld verkauft lieber Putins Erdgas und Sarkozys Atomstrom als in einem gemeinsamen Projekt mit der Bevölkerung einen Schritt in eine nachhaltigere Energiezukunft zu machen.

So zielt denn der Gegenvorschlag an der Bevölkerung vorbei. Die finanziellen Anreize bleiben wie bisher den (Einfamilien) Hausbesitzern vorbehalten. Die Breitenwirkung bleibt gering, und damit auch der Profit für das Gewerbe. Offenbar will man in Frauenfeld nicht die Zukunft gemeinsam mit der Bevölkerung gestalten. Viel lieber verwaltet man Kässeli und das Volk – ganz im Sinne der gnädigen Herren aus längst vergangenen Zeiten.

Das Initiativkomitee (Christian Schmid und Jürg Joss von den Grünen und Thomas Böhni, GLP) und seine Supporter aus der SP, Chrapfpe&Hirne, EVP, der Solargeossenschaft, dem Solarstrompool sowie aus dem lokalen und regionalen Gewerbe werden alles daran setzen um die gnädigen Herren eines Besseren zu belehren.

Jürg Joss

grüne post 3 | 10 - September 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

Fraktions-Ausflug 2010

Gemütlichkeit Frauenfelds erfahren



Fraktionsausflug

... zum Entspannen und
... zum Plaudern,

... sich über die gewonnene Zeit als
Alt-Kantonsrat zu freuen! (links)

Bei der Besichtigung des Eisenwerks beweisen wir unser Kulturinteresse – und haben trotzdem noch Zeit, den Vogelflug zu beobachten!

Der Atelierbesuch bei Beat Brechbühl lässt wieder andere Saiten zum Klingen bringen. Wir sind fasziniert vom Handwerk und der Liebe zum Detail.

Der eigentliche Fraktionsausflug ist damit abgeschlossen. Es bleibt aber noch genügend Zeit, einen kürzeren oder längeren Teil des Weges nach Matzingen zur Grossratspräsidentenfeier zu Fuss zurück zu legen.

Katharina Winiger



Die Grünen und die Bundesratswahlen

Auf Bundesebene gewinnt man den Eindruck, die Politik bewege sich nur noch von Wahlen zu Wahlen, und entsprechend viel wird das Thema in Presse und Fernsehen breitgewalzt. Auch die Grünen haben einmal mehr ihren Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat angemeldet. Das gibt mir Gelegenheit, mich kritisch



dazu zu äussern. Um es gleich vorweg zu nehmen: ich würde der Grünen Fraktion raten, einstweilen auf eine Kandidatur zu verzichten. Die Chancen für einen Sitz sind gleich null, und sie werden in den nächsten Jahren auch nicht besser, solange die Grünen ihren politischen Schwerpunkt zu sehr auf Umverteilungspolitik und zu wenig auf Umweltpolitik setzen. Für die politische Linke besteht nämlich keinerlei Aussicht, dereinst drei Sitze im Bundesrat zu besetzen. Sollte es den Grünen unerwarteterweise gelingen, einen Sitz zu erobern, so würde dies einfach zulasten der Sozialdemokraten gehen, und in der Bundespolitik würde sich nichts ändern, ja die Grünen wären genötigt, noch mehr als bisher einfach eine linke Politik zu vertreten und sich vom ursprünglichen Ziel der grünen Bewegung, den ökologischen Umbau der Gesellschaft einzuleiten, noch weiter zu entfernen.

Deshalb wäre es ratsamer, die Kräfte im Hinblick auf die Parlamentswahlen zu bündeln und alles daran zu setzen, die Zahl grüner Sitze im National- wie im Ständerat zu erhöhen. Aber dazu müssten die meisten Kantonalparteien etwas über ihren Schatten springen und gegebenenfalls auch Listenverbindungen mit Grünliberalen oder anderen Kleinparteien mit ökologischer Ausrichtung eingehen. Listenverbindungen mit den Sozialdemokraten müssten überdacht und gegebenenfalls aufgegeben werden.

Denn Listenverbindungen mit der klassischen politischen Linken können zwar Kräfte bündeln, aber was sich da äusserlich summiert, ist bei weitem nicht das linke und grüne Lager, denn das Etikett „linksgrün“ hält einen schönen Teil von umweltbewussten Wahlberechtigten davon ab, grün zu wählen, auch wenn sie's gerne täten. Und so kommen die effektiv eingegangenen Stimmen letztlich den serbelnden Sozialdemokraten zugute, und die Grünen sind einfach ihre Steigbügelhalter. Wenn die Grünen also bei den nächsten Wahlen von den Sozialdemokraten getrennt marschieren, dann mag ja sein, dass ehemalige POCH-Leute und andere Alternative zu den Sozialdemokraten überlaufen, was diesen ihre bisherigen Sitze sichern könnte. Andererseits kämen die Grünen durch ihre selbständige Politik zu Neuwählern, die bisher keiner Partei angehörten und die sich des Links-rechts-Schemas in der Politik überdrüssig sind. Das brächte Sitzgewinne und mittelfristig auch den erhofften Bundesratssitz, der nicht auf Kosten der Sozialdemokraten ginge.

Es geht also nicht darum, die Grünen etwas mehr zur Mitte hin zu bewegen, sondern sich auf die lebenserhaltende sachlich begründete Umweltpolitik als gemeinsamen Nenner zu konzentrieren und dann eben je nach Notwendigkeit progressive, konservative, soziale oder li-

berale Positionen zu vertreten, was eben einer Politik auf lange Sicht am besten bekommt. Das ist natürlich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, frei von ideologischen Fixierungen und Heilsbotschaften. Es ist allerhöchste Zeit, spätestens seit den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels, auf allen Gebieten der Politik die Weichen neu zu stellen. Wir können diese verhängnisvolle Entwicklung im Ökosystem zwar nur grenzübergreifend angehen. Aber irgendein Land muss endlich einmal entschlossen mit dem guten Beispiel vorangehen. Die Grünen sind wohl jene Partei, die unabhängig von rein materialistischen Zielsetzungen der Wirtschaftsverbände, der Grossindustrie, der Banken und der Gewerkschaften zukunftsweisende Ideen zu entwickeln vermag und endlich hinter den überholten Fetisch «Wachstum» ein grosses Fragezeichen setzen kann.

Peter Schmid

«Aazelle, Bülle schäle ...»



Die Arbeitsgruppe Fundraising sucht Fränkli um Fränkli... Aus diesem Grund werden wir wieder Bülle zöpfle.

Samstag, 25. September von 9 bis ca. 13 Uhr

Wir treffen uns hinter dem Restaurant Frohsinn Weinfelden, Wilerstrasse 12, findet auch bei schlechter Witterung statt, dann aber drin.

Wir putzen 1-2 Stunden die Böllen und hinterher zeigt uns Verena Fankhauser, wie wir die schönsten Böllezöpfli machen.



Die Böllezöpfli eignen sich sehr gut zum Verkauf an diversen Standaktionen, Herbst- und Klausmärkten, an Messen, an Mitgliederversammlungen, etc. oder einfach zum Verschenken.

Wir freuen uns über rege Beteiligung.

Um eine Anmeldung sind wir froh unter susann.forster@bluewin.ch oder unter 071/ 622 40 14

grüne post 3 | 10 - September 2010

grüne post 3 | 10 - September 2010

solar regio weinfelden



Die „Solar Regio Weinfelden“ ist eine Genossenschaft, die regional Solarstrom produzieren möchte. Dieser Strom soll dann an Private, Ortsgemeinden, Schulgemeinden, usw. in der Umgebung verkauft werden. Unser Ziel ist es, in der Region Weinfelden mehrer Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom zu erstellen. Diese Anlagen sollen im Besitz der Genossenschaft sein und selbst-tragend funktionieren.

Eine erste Solaranlage ist auch schon auf dem Dach der Eishalle in der Güttingersreuti geplant. Mit einer Fläche von 500 m² wird zirka 65.000 kWh Strom erzeugt, was für zirka 20 Einfamilienhäuser reicht. Die Investitionskosten betragen knapp Fr. 400.000.-. Bis Solarstrom von der „Gütti“ ins Stromnetz der Gemeinde Weinfelden eingespielen werden kann, wird es jedoch Frühling bis Sommer 2011.

Unterstützen Sie dieses Projekt und weitere in unserer Region – Werden Sie Teilhaber!

Kontaktadresse: Solar Regio Weinfelden, E-mail: f-portmann@sunrise.ch



Grüne Kontaktadressen TG

Präsident Grüne TG

Urs Oberholzer-Roth, Holzensteinerstr. 34a, 8590 Romanshorn
Fon 071 463 17 25, oberholzer-roth@bluewin.ch

Sekretariat Grüne TG

Barbara Imholz, c/o Nutronic AG, St. Gallerstr. 24, 8580 Amriswil
Fon 071 410 06 01, Fax 071 410 07 07, sekretariat@gruene-tg.ch

Bezirke

Arbon	Urs Oberholzer	oberholzer-roth@bluewin.ch
	Holzensteinerstr. 34a,	8590 Romanshorn 071 463 17 25
Frauenfeld	Roman Fischer	gp@roman-fischer.net
	Geigenhof 2	8553 Hüttlingen 052 765 34 26
Kreuzlingen	Walter Gamper	w.m.gamper@gmx.ch
	Rothausstr. 18,	8280 Kreuzlingen 071 688 61 66
Münchwilen	Isabella Stäheli	istaeheli@hispeed.ch
	Rebenstrasse 6,	8360 Eschlikon 071 971 13 25
Weinfelden	Susann Forster	susann.forster@bluewin.ch
	Kreuzlingerstr. 55,	8570 Weinfelden 071 622 40 14

AUFRUF

Manna für die Grüne Kasse !



Wir brauchen tolle Ideen und kreative, zupackende Leute

Schickt eure Anregungen oder meldet euch zur Mitarbeit bei:
christian_schmid@bluewin.ch

Die Zukunft ist erneuerbar!

Nein zu neuen AKW!

Kürzlich haben Wälder und Büsche und Felder gebrannt in Russland. Die radioaktiven Tschernobyl-Staubwolken haben wohl manchen Moskauer und auch uns wieder erschreckt – von wegen sicherer Technologie! Nicht mal ein halbes Jahrhundert haben wir im Griff – geschweige denn hunderttausende ...

In ein paar Jahren werden die AKW Mühleberg und Beznau I und II altersbedingt vom Netz genommen. Die Stromkonzerne Axpo, BKW und Alpiq wollen die alten Kraftwerke ersetzen und haben darum letztes Jahr beim Bund drei Rahmenbewilligungsgesuche für den Bau neuer AKW eingereicht.



Voraussichtlich kommt es im Jahr 2012 zur ersten nationalen Abstimmung über ein neues AKW.

Die Stromkonzerne informieren die Bevölkerung zum Thema Atomkraft einseitig und verzerrt – auch in den Kantonen Thurgau und Schaffhausen. Die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist nach wie vor ungelöst, der Abbau von Uran führt zu enormer Umweltverschmutzung und ein zweites Tschernobyl ist durchaus möglich. Entgegen deren Aussagen sind AKW keineswegs klimafreundlich: Die globalen Uranreserven sind stark limitiert, die Förderung ist energieaufwändig. Gleichzeitig verhindern Investitionen in teure AKW Investitionen in erneuerbare Energien. Wir sind der Meinung, dass der Strombedarf auch ohne neue AKW gedeckt werden kann - nachhaltig und erneuerbar. Schon heute könnte mit den energieeffizientesten Geräten der Stromverbrauch in der Schweiz bis zu einem Drittel gesenkt werden. Bis ins Jahr 2035 könnte mit erneuerbaren Energien sogar ein jährlicher Stromüberschuss erzeugt werden, ohne neue Atomkraftwerke. Die Technologien sind vorhanden, es muss ihnen nur noch zum

Durchbruch verholfen werden.

Unter dem Namen «Aves» haben sich die Befürworter der Atomenergie im Thurgau bereits formiert. Die Grünen Thurgau haben deshalb im Juni 2010 beschlossen, zusammen mit den Schaffhausern eine regionale Allianz «Nein-zu-neuen-AKW» zu gründen. Verschiedene Parteien und Verbände werden dazugehören. Deren Ziele sind:

- **echter Klimaschutz ohne neue Atomkraftwerke.**
 - o die Vermeidung von Stromverschwendung durch markante Verbesserung der Stromeffizienz.
 - o die Förderung nachhaltiger Energieeffizienter Technologien.
 - o die umwelt- und sozialverträgliche Nutzung neuer erneuerbarer Energien.
- **ein kompromissloses Sicherheitsbewusstsein der technischen und politischen Aufsichtsbehörden im Umgang mit den bestehenden Atomanlagen.**
- **die volle Deckung der Haftpflicht durch die AKW-Betreiber.**
- **eine verantwortungsvollere Atom-müllpolitik,**
 - o die alle technischen und sozioökonomischen Probleme und das direkt-demokratische Mitspracherecht der Bevölkerung der Standort-Region berücksichtigt.
 - o welche die Handhabung des Atommülls mit möglichst geringen Langzeit-Unsicherheiten garantiert und grundsätzlich in der Schweiz erfolgen soll.
- **die weltweite Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere der vom Uranabbau massiv betroffenen indigenen Völker und Ureinwohner, und des Strahlenschutzes auf allen Stufen der atomindustriellen Prozesse.**



Ein Hauptfokus wird auf Benken ZH, im Grenzgebiet von TG und SH liegen, wo ein Endlager für radioaktiven Müll geplant ist. Wir wollen alle atomkritischen und erneuerbar-freundlichen Kräfte vernetzen und gezielt die kommenden schweizerischen Abstimmungen zur Atompolitik thematisieren. > mehr unter www.nein-zu-neuen-akw.ch

Urs Oberholzer-Roth

Präsident Grüne Partei Thurgau

ALV-Revision

So stimmen die Ostschweizer ParlamentarierInnen zur Revision der Arbeitslosenversicherung:

NEIN

Fässler, Gilli, Graf-Litscher, Rechsteiner

JA

Baumann, Bigler, Brunner, Häberli-Koller, Messmer, Müller Th., Müller W., Pfister, Reimann, Spuhler, Walter

ENTHALTUNG

Meier-Schatz

ABWESEND

Büchler, Hutter